Wien, 12. Januar. Der Herrenausschuß der ungarischen Delegation nahm das gesammte Extraordinarium der Heereserfordernisse pro 1880 unverändert an, nachdem der Kriegsminister bei den einzelnen Posten ausführliche Aufklärungen gegeben hatte.

Paris, 13. Januar. Die Deputirtenkammer wählte heute mit 250 von 308 Stimmen Gambetta zum Präsidenten. 40 Stimmzettel waren unbeschrieben oder ungültig. Ebenso wurde Vicepräsident Brisson wiedergewählt und Quästoren zum Secretär.

Nacht-Telegramme.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Wochentags 10 bis 4 Uhr, 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 10 Uhr. Die Neubahl nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 4 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Mitunterzeichnungen Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Nicht Silbergroschen kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 14. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Dunstig, trübe, Neigung zu Aufklären, Temper. wenig verändert. **Dresden. Mittwoch, 14. Januar.**

Politisches.

Ueber die sich aus Skandal und Tumult zusammensetzenden Auftritte in Pest hat der Telegraph nur oberflächlich berichtet. Und doch haben dort Scenen gespielt, als stünde man vor einer Einleitung zur Revolution. In Kürze ist der Sachverhalt so: Der Director der ungarischen Volksbodenkreditanstalt, Namens Begh, hat sich großartige Unterschleife zu Schulden kommen lassen. Bis vor Kurzem flüchtig und steckbrieflich verfolgt, wurde er zufällig dieser Tage in einem Pester Kaffeehause entdeckt und verhaftet. Der Redakteur eines Pester Blattes, der Abg. Verhovay, griff die Verwaltung jenes Institutes sehr scharf an und beschuldigte dabei auch mehrere Mitglieder des Adelscasinos der Begünstigungen der betrügerischen Handlungen Beghs. Zu diesem Behufe veröffentlichte er drei Briefe des Grafen Festetics, aus denen, falls sie echt sind, die Theilnahme des Grafen an schmachvollen Handlungen klar hervorgeht. Die Sprache jener Zeitung überschritt zweifelsohne das Maß des Erlaubten; seine Angriffe gegen Festetics und adelige Genossen trugen z. B. die Ueberschrift: „Banditen im Frack"; aber selbst wenn man die Skandalsucht jenes Blattes zugiebt, muß man andererseits sagen, daß der Zorn über die schmachvolle Corruption, die in gewissen Kreisen Ungarns herrscht, auch ein starkes Wort entschuldigt. Statt daß nun der persönlich angegriffene Graf Festetics sich zu rechtfertigen versucht hätte, beschimpft sein Genosse, Baron Majthenyi, den unerschrockenen Redakteur und zwingt ihn zum Duell. Majthenyi erklärte, daß er sich nicht auf Säbel schlage, da er asthmatisch sei, er wählte Pistolen, eine für ihn sehr vortheilhafte Waffe, da er als der erste Pistolenschütze Ungarns gilt. Nur durch einen Zufall entging der Redakteur Verhovay dem fast sicheren Tode. Mit einer seltenen Einstimmigkeit verurtheilt die Presse Ungarns die terroristische Manier des Pester Adelscasinos, jeden Versuch der Presse, die schmachvollen Handlungen der regierenden Adelsclique ans Licht zu ziehen, mit der Waffe zum Schweigen zu bringen. Warum trat nicht Graf Festetics als Vertheidiger seiner eigenen Ehre auf? Empört rottete sich das Volk vor dem Adelscasino zusammen; man rief: „Nieder mit den Banditen im Frack", einzelne Grafen retteten sich erschreckt durch Hinterthüren; es wäre auf der Straße zu einem blutigen Gemenge gekommen, wenn nicht der journalistische College Verhovays, der Abg. Hermann, sich mit entblößter Brust vor die Bayonette der Soldaten gestellt und sie aufgefordert hätte, erst ihn, den unverletzlichen Volksvertreter, zu durchbohren. Andere Abgeordnete bewogen die Polizei, dem Militär Befehle zum Zurückgehen zu geben. Allmälig verlief sich die Menge. Diese ganze Kette von Skandalen und Tumulten ist nur der Ausbruch der jetzt das edle Ungarnvolk entstellenden Zustände. Corruption aller Orten und Enden! Die Welt wird noch manche curiose Entladungen der gewitterschwülen Athmosphäre erleben, die aus den Dünsten des durch Bestechlichkeit und Nichtswürdigkeiten aller Art durchfurchten Boden des schönen Ungarlandes aufsteigt.

Daß Deutschland ein lebhaftes Interesse daran hat, daß Oesterreich sehr bald Eisenbahnanschlüsse nach Serbien erhält, bekunden einmüthig die Auslassungen sämmtlicher deutscher Blätter. Man wünscht einhellig dem Nachdruck, den Oesterreich jetzt gegen Serbien anwendet, besten Erfolg. Gleichzeitig bezweifelt man aber gar sehr, ob Serbien etwas mehr thun wird, als schöne Worte zu machen. Serbien wird einerseits von Rußland, andererseits von England zu seiner österreich-feindlichen Haltung aufgehetzt. Rußland will Oesterreich und Deutschland den Weg nach dem Oriente versperren. Als eines der Ziele des deutsch-österreichischen Bundnisses, das Bismarck und Andrassy in Wien abschlossen, gilt das Protektorat Oesterreichs über die Balkanhalbinsel. Das aber gerade will Rußland verhindern. Wenn nun Oesterreich, müde der Winkelzüge des aalglatten serbischen Ministers Ristics, eine militärische Demonstration gegen Serbien vornehmen wollte, um dieses zur Ausführung seiner in Berlin übernommenen Verpflichtungen zu nöthigen, einen Eisenbahnanschluß bei Belgrad herzustellen, so hat Rußland Serbien darüber vergewissert, daß es dann auch seinerseits militärisch gegen Oesterreich demonstriren würde. Im Hinblick auf diese Eventualität erklären sich die neulichen russischen Truppenzusammenziehungen an der Grenze gegen Galizien. Seltsamerweise arbeitet aber in Serbien auch England gemeinsam mit Rußland, Serbien gegen Oesterreich unnachgiebig zu machen. England hat sogar Serbien eine neue Vergrößerung zugesagt, falls es den Anschluß der Eisenbahn nicht nach Norden und Oesterreich zu bewirkte, sondern nach Süden, nach Mitrowitza zur Verbindung der Bahn, die nach Salonichi und dem ägäischen Meere führt. In letzterem Falle kann nämlich die englische Industrie ihre Waaren von der See her tief nach Serbien hineintragen, während die deutsch-österreichischen Fabrikanten Mangels einer über die Donau führenden österreichisch-serbischen Bahn von jedem Wettbewerbe ausgeschlossen sind. An dieser unglücklichen Zwicklage trägt nur Graf Andrassy schuld, dem auf dem Berliner Kongresse Serbien die weitestgehenden Eisenbahn- und Handels-Zugeständnisse gewährt hätte, sobald nur Andrassy seine Zustimmung zur Unabhängigkeitserklärung Serbiens damals davon abhängig gemacht haben würde. Diese einzige goldene Gelegenheit hat Andrassy cavaliérement versäumt. Baron Haymerle muß nun allen Ernst aufbieten, die Unterlassungssünde seines Amtsvorgängers wieder gut zu machen. Hoffentlich unterstützt Deutschland die Politik Oesterreichs gegen Serbien. Denn hier sind die Interessen beider Reiche gemeinsam. Erwerben sie die Balkanhalbinsel als Absatzgebiet für ihre Industrieerzeugnisse, so wird uns das wohlhabender und rühriger machen, unseren kaufmännischen und gewerblichen Blick schärfen und erweitern und großen Schichten unseres Volkes dauernde Nahrung bieten.

Im preußischen Abgeordnetenhause hat neulich bei der Etatsberathung eine Szene gespielt, welche der Telegraph ebenso wie die „gesinnungstüchtige" Presse todtzuschweigen für gerathen hält. Der Abgeordnete Langerhans brachte nämlich einen Fall grober Indiskretion der Reichsbank zur Sprache, die einen schätzenswerthen Beitrag zu der Art bietet, mit welcher an der Verstaatlichung der preußischen Privatbahnen gearbeitet worden ist. Bei der Reichsbank lagen als Depositen große Massen von Aktien solcher preußischer Privatbahnen, welche der Staat zum Ankauf sich ersehen hatte. Die Namen der Inhaber solcher Aktien ermittelte im Auftrage der preußischen Regierung die Reichsbank und forderte sie auf, gewissen Bankiers die Aktien zur Vertretung in den betr. Generalversammlungen zu überlassen. Der Abgeordnete Langerhans fand dieses Verfahren nicht vereinbar mit der Ehre seines Vaterlandes und seiner staatlichen Institutionen. Die Reichsbank habe nur die treue und sichere Aufbewahrung der ihr übergebenen Papiere zu übernehmen, nicht aber sie zu anderen Zwecken zu verwenden, namentlich aber nicht die persönlichen Vortheile gewisser großer Bankhäuser zu fördern, die aus der Verstaatlichung der Privatbahnen enorme Summen einstrichen. Jetzt schon würden die großen Bankiers gefügig gemacht und belohnt; man gebe ihnen Titel und Orden, erhebe christliche und jüdische Bankiers in den Adelstand u. s. w. und nun gewähre ihnen das Reich noch solche große Verdienste! Der Eisenbahnminister Maybach habe mit seiner obigen Benutzung der Geheimnisse der Reichsbank zu seinen Eisenbahnkäufen den Giftbaum der Börse sehr stark bewässert und er suche in dessen tiefstem Schatten Erholung und Kräftigung. Der Finanzminister Bitter erklärte auf diese scharfe Anklage: er höre von diesem Manöver der Reichsbank heute das erste Wort. Das ist recht gut glaublich. Bitter ist zwar Mitglied des Reichsbankdirektoriums, er ist aber um seine eigentlich unerläßliche Zustimmung zu dieser auffälligen Handlungsweise nicht einmal gefragt worden. Wie wir den Ehrenmann Bitter kennen, hätte er seine Zustimmung nie ertheilt. Der Vorgang zeigt aber, wie die Deutschland beherrschende Goldene Internationale, die in dem Reichsbankdirektorium ihr Organ besitzt, sich bereits über die Amtsbefugnisse eines so einflußreichen Mannes, wie der preußische Herr Finanzminister ist, dreist hinwegsetzen zu können glaubt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Mainz, 13. Januar. Gräfin Ida Hahn-Hahn ist gestern Nachmittag hier gestorben.

Locales und Sächsisches.

— Rechtsanwalt Thiemer zu Zittau hat das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens erhalten.

— Landtag. In der zweiten Kammer kam es gestern, wie zu erwarten stand, gelegentlich der Landes-Heil-, Straf- und Versorg-Anstalten zu einer längeren Debatte, die sich in der Hauptsache auf Verbrecherthum und Strafvollzug erstreckte. Nach einer vom Ministerium des Innern bearbeiteten Denkschrift über den Entwurf des neuen Strafvollzugsgesetzes würde die Einzelhaft für Sachsen einen Kostenaufwand von 10½ Millionen verursachen. Würde die Beginn-Einzelhaft auf erstmalig Eingelieferte beschränkt, so käme man mit der Hälfte aus. Abgeordneter Dr. Krause sprach wegen der Kosten gegen die Einzelhaft. Die Schäden, die nun einmal in der Menschennatur lägen, ließen sich durch keinerlei Gefängnißeinrichtungen beseitigen, weshalb man so hohe Ausgaben für an sich unerreichbare Ziele vermeiden und den steuerzahlenden Nichtverbrechern nicht auch noch eine besondere Strafe auferlegen solle. Er beantragte: die Regierung wolle im Bundesrathe dahin wirken, daß kein Strafvollzugssystem angenommen werde, welches die in Sachsen für den Strafvollzug aufgewendeten Kosten wesentlich erhöhe. Abgeordneter Freytag bestritt, daß Humanität und Milde das Verbrecherthum vermehrt hätten. Die Zeitströmung gehe dahin, recht harte Strafen zu fällen, wodurch das Verbrecherthum nur gefördert würde. Man solle die Ursache der Vermehrung der Verbrechen in Noth und Elend, sowie in dem Einfluß der Kriege suchen. Unsere Anstalten seien trefflich eingerichtet und geleitet, aber gut hätten es die Leute nicht darin. Den Verbrechern gegenüber befinde sich die Gesellschaft im Zustande der Nothwehr und müsse deshalb auch die dafür erforderlichen Kosten aufbringen. Die Strafe müsse menschenwürdig sein, nicht grausam. Er sei kein absoluter Anhänger des Zellensystems, aber von demselben müsse im Princip ausgegangen werden, um die Individualität zu berücksichtigen. Vicepräs. Dr. Pfeiffer erklärte sich gegen die theuere Strafvollzugsreform. In einer Zeit, wo von allerwärts her Hilferufe ertönen, sollte man nicht einer Doktrin zuliebe Millionen bewilligen. Er frug, ob die Deputation in den Kreis der Erörterungen gezogen worden sei. Abg. Heger sprach gegen den Antrag Krause, der die Kr. präjudiziren würde. Blos vom pekuniären Standpunkte aus dürfe man die Frage des Strafvollzugs nicht betrachten. Abg. Liebknecht: Nach der Südsee deportire man zunächst keine Verbrecher, sondern deutsches Geld. (Heiterkeit). Durch grausame Strafen werde nichts erreicht. Wenn in der Schule viel geprügelt werde, dann werde das Fell immer dicker. Die Ursache der Vermehrung des Verbrecherthums sei im Elend, in dem verrohenden Einflusse der Kriege, in der durch die politischen Umwälzungen und gesetzlichen Umgestaltungen verursachten Erschütterung des Rechtsbewußtseins zu suchen. Der thierische Muth im Kriege werde als Heldenmuth gepriesen. Den größten Prozentsatz zum Verbrecherthum hätten die geliefert, welche im Kriege mit beschäftigt gewesen. Die allgemeine Verrohung zeige sich in dem Hetzen auf der Sozialdemokratie und neuerdings an der Judenhetze. Wenn solche Dinge von oben herab gepflegt würden, könne man sich nicht wundern, wenn die Verbrechen zunähmen. Was die hohen Kosten betreffe, so müsse sich Dr. Krause nicht an die sächsische Regierung, sondern nach Berlin wenden und dahin wirken, daß die Last des Militarismus, welcher das Volk verrohe, vermindert werde. Abg. Dr. Stephani, dessen Rede auf den vulkanischen Ausbruch Liebknecht's wie Limonade wirkte, sprach für Krause's Antrag, welcher, ohne Jemand zu präjudiciren, der Regierung ein ritardando zurufe. Abg. Penzig: Die Wissenschaft herrsche jetzt und kenne in ihrem Bestreben auf die höchsten Ziele keine Rücksicht auf die praktischen Verhältnisse. Er betrachte nicht, wie Liebknecht, die Welt als außer Rand und Band, obgleich es wenigstens nicht die Schuld Liebknecht's sei, wenn die Welt nicht außer Rand und Band wäre. Abg. Ackermann legte Verwahrung ein gegen die von Liebknecht entworfene Schilderung der Ursachen der Verbrecherzunahme, gegen die Verletzung des nationalen Gefühls durch die Behauptung, als trage der letzte glorreiche Krieg die Schuld daran. Der hauptsächliche Grund für die Zunahme der Verbrechen sei vielmehr der, daß dem Volke die Autorität verloren gegangen. Das mögen die verantworten, welche das Volk irre führten. Abg. Liebknecht entgegnete, er habe nicht vom deutsch-französischen Kriege, sondern von den Kriegen im Allgemeinen gesprochen. Den Autoritätsverlust hätten die verschuldet, welche den neuen Gesetzen jubelnd zustimmten und so die Rechtsunsicherheit förderten. Mit Entrüstung weise er den Vorwurf zurück, als trage die Sozialdemokratie Schuld daran, diese habe nur dem Volke die Augen öffnen wollen. Er hoffe, daß die Humanität an den Pforten der Gefängnisse weichen, aber auch der freien Bevölkerung zu Gute kommen werde. Schon ertönten Nothrufe auch aus Sachsen, so aus dem Müllentpale. Abg. Roth verlas eine Anzahl sozialdemokratischer Aussprüche zum Beweise, in welcher Weise die Sozialdemokraten dem Volke „die Augen öffnen". Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz: Die Vermehrung der Bevölkerung wirke in doppelter Progression auf die Zunahme der Verbrechen. Neben der Vermehrung gehe eine Verdichtung der Bevölkerung her, welche zu Reibungen führe. Das könne sich jedoch nur auf Eigenthumsvergehen beziehen. Die auf Rohheit basirenden Verbrechen, deren Zunahme vor Allem beklagt werde, hätten andere Ursachen. Kriege, wenn sie lange währten, wie der 30jährige Krieg, hätten allerdings Einfluß: hier komme aber ein solcher nicht in Betracht. Vielmehr sei die Ursache zu suchen in der lang fortgesetzten Verhöhnung der öffentlichen Autorität, in der Anschauung, daß die göttliche Vergeltung nur eine Fabel für Kinder sei, in dem Herabziehen der Verehrung des Königs und des Vaterlandes, sowie darin, daß Institutionen, die bisher dem Volke lieb und theuer waren, in den Staub getreten werden. Die Regierung habe bereits, der Tendenz des Antrages Krause's entsprechend, dahin gewirkt, daß die Einzelhaft nicht zu weit ausgedehnt werde. Die Deportation sei im Bundesrathe Gegenstand akademischer Berathungen gewesen; vor Allem habe Deutschland dazu keine Colonien. Abg. Penzig verlas einen Passus aus dem in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat", in dem es heißt, daß die Sozialdemokratie nicht eher ruhen werde, als bis das letzte Atom des gegenwärtigen Staates zerstört sei. Abg. Liebknecht schob diese Sprache des Blattes auf die Erbitterung darüber, daß man die Sozialdemokraten durch das Sozialistengesetz in Deutschland mundtodt gemacht habe. Die Ausführungen des Ministers hätten sich weniger gegen die Sozialdemokratie als gegen den Liberalismus gerichtet. Präsident Haberkorn erklärte, daß man das Reichsgesetz anzuerkennen habe; dasselbe sei geschaffen worden, nicht um eine Partei mundtodt zu machen, sondern weil diese Partei den Mund zu voll nahm. Er mißbilligte die Aeußerungen Liebknecht's über das Sozialistengesetz. Abg. Dr. Krause führte die Vermehrung des Verbrecherthums auf das Andrängen eines wüsten Proletariats zurück. Das Rechtsbewußtsein sei seit 1866 gelockert worden. Er zog dann seinen Antrag zurück. Abg. Freytag erinnert daran, daß er vor zwei Jahren gegen eine in der 1. Kammer gefallene Aeußerung, wonach der Liberalismus an der Zunahme der Verbrechen Schuld sei, protestirt habe, und heute werde liberaler Seits derselbe Vorwurf gegen seine Partei erhoben. Hierauf wurden bewilligt: 2,233,140 Mk. Zuschuß für die Heil-, Straf- und Versorgungs-Anstalten, 147,200 Mk. für Kunstzwecke (darunter 60,000 Mk. für den Kunstfond, 1600 Mk. für das Rietschel-Museum, 2000 Mk. für das Dresdner Conservatorium und 900 Mk. für das Körnermuseum) und 137,594 Mk. für das statistische Bureau. Endlich wurden debattelos eine Anzahl Capitel des Finanzdepartements in der eingestellten Höhe genehmigt (Ref. Abg. Penzig).

— Zu der königlichen Tafel, welche im Winter regelmäßig Montags abgehalten wird, erhalten außer den höheren Staatsdienern jetzt während des Landtages die Landstände gruppenweise Einladungen. Diese erfolgen ohne allen Unterschied der Parteistellung. Der König, dessen Stellung weit über dem Parteitreiben erhaben ist, sieht in den Abgeordneten einfach die Erwählten seines Volkes und fragt nicht nach deren politischer Färbung. Es erhalten daher auch die sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn sie an der Reihe sind, derartige Einladungen. Ebenso verfährt der Kaiser in Berlin und, wenn wir nicht irren, der Reichskanzler, der an alle Reichstagsabgeordnete, ohne Unterschied der politischen Richtung, Einladungen zu seinen Soiréen ergehen läßt. Um sich aber bei ihren Parteigenossen nicht verdächtig zu machen, lehnen auch auf dem sächsischen Landtage die Sozialdemokraten solche königliche Einladung ab und entschuldigen ihr Fernbleiben mit Behinderung.

— Der Herr Finanzminister v. Könneritz hat sich vorigen Freitag in Begleitung der Geh. Finanzräthe Hofmann und Hachel, mit einigen Mitgliedern der Finanzdeputationen beider Kammern, u. A. den Abgg. v. d. Planitz, Peltz, Roth, Philipp und Penzig nach Eisenach und Salzungen begeben, um die von dort nach der hohen Rhön führende schmalspurige Sekundärbahn im Betriebe zu sehen. Diese Bahn, die sogenannte Feldabahn, wird allgemein als Muster schmalspuriger Bahnen mit Sekundärbetrieb angesehen. Die genannten hohen Staatsbeamten und Volksvertreter Sachsens debutiren die Feldabahn auf ihrer ganzen Länge von 28 Kilometern und sind, wie es scheint, vollständig befriedigt mit dem Sachbefunde zurückgekehrt. Abg. Roth, früher einer der schärfsten Gegner der schmalen Spur, war so begeistert von der Feldabahn, daß er sie gleich am liebsten mit nach Sachsen mitgenommen hätte. Voraussichtlich wird der Landtag Sachsens künftig derartige Schmalspurbahnen bauen. Ihre Herstellung erfordert geringe Kosten, ihr Betrieb ist sehr einfach. Für diese 28 Kilometer lange Feldabahn genügen 13 Beamte: Kondukteur, Schaffner, Lokomotivführer, Inspektor ꝛc. Sie hat keine Schwellen, fährt mitten durch die Dörfer, kann überall nach Bedarf schnell anhalten, erfordert keine Bahnwärter u. s. w.

— Die irdische Hülle Sr. Exc. des verstorbenen Kgl. Generaladjutanten Herrn Generalleutnant Krug von Nidda ist nicht in der von Falckensteinschen Familiengruft zu Frohburg, sondern in der eigenen Familiengruft zu Gersdorf in der Lausitz und zwar am Sonnabend Nachmittag beigesetzt worden. Bekanntlich fiel dem Verstorbenen vor etwa 2 Jahren das an genanntem Orte befindliche Rittergut erbtheilweise zu und wird auch, wie gerüchtweise verlautet, die Familie desselben von nächstem Frühjahr ab dauernd ihren Aufenthalt dortselbst nehmen. Genannter Landsitz diente dem Entschlafenen während des vorigen Sommers zum Oefteren als Erholungsort, wenn ihn seine Leiden zwangen, Urlaub zu nehmen und sollte, da derselbe längst gewillt war, allerdächsten Orts um Verabschiedung nachzusuchen, dereinst sein ländlicher Ruhesitz werden. Der unerforschliche Wille Gottes hat es nun anders gefügt.

— Zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofes sind die Senatspräsidenten Dr. Winzer, Dr. Otto und Einert, die Oberappellationsräthe Preil und Lindemuth, die Geheimen Räthe Körner, Schmalz, Petzold, von Thümmel und Geheimer Justizrath Hensel; Geh. Rath Körner zugleich zum Stellvertreter des Vorsitzenden ernannt worden.